



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **V/2009/08341**  
Datum: 07.10.2009  
Bezug-Nummer.  
Kostenstelle/Unterabschnitt:  
Verfasser: Herr Dietmar Wehrich  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.10.2009	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung	24.11.2009	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	08.12.2009	öffentlich Vorberatung
Stadtrat		öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Breitbandversorgung**

### Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Ausbau der Verfügbarkeit kostengünstiger Breitbandinternetzugängen voranzutreiben.
2. Dazu wird in einem ersten Schritt eine Übersichtskarte verfügbarer Zugangstechniken und -geschwindigkeiten erstellt und auf der Homepage der Stadt veröffentlicht.
3. Für das 1. Quartal 2010 wird ein öffentlicher lokaler ‚Breitbandgipfel‘ aller Interessengruppen einberufen, um weitere Möglichkeiten zu erörtern.

gez. Dietmar Wehrich  
Fraktionsvorsitzender

### **Begründung:**

Ein kostengünstiger, verlässlich schneller Internetzugang ist heutzutage eine Selbstverständlichkeit und entscheidet essentiell über die Attraktivität eines Orts oder Stadtteils – längst nicht nur mehr für junge Menschen sondern auch für Familien und gewerbliche Nutzer.

In diesem Punkt liegt Halle noch immer zurück, wie auch die Stadtverwaltung auf eine Anfrage (Vorlage V/2009/08142) vom August dieses Jahres hin eingesteht. Doch ergeben sich aus der Antwort der Verwaltung keinerlei Hinweise auf Aktivitäten, um die bestehende Situation zu verbessern. Die Stadt Halle ist aber gehalten, hierbei aktiver für die Interessen ihrer Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen einzutreten. Mindestens muss die Stadt als Mittler zwischen den Ausbauinteressen der Bürgerinnen und Bürger sowie den Kostenerwägungen der Anbieter auftreten. Gleichzeitig soll die Stadt deutlich prononcierter für einen flächendeckenden Ausbau bezahlbarer Breitbandangebote – auch gegenüber dem Land – eintreten.

Die Verfügbarkeit ‚irgendeiner‘ Zugangstechnik kann dabei nicht zufriedenstellen – es wird eine gewisse Wahlfreiheit benötigt. Glasfaser und UMTS sind beispielsweise im Vergleich zu DSL deutlich teurer (und UMTS in der Praxis auch noch langsamer), so dass sich diese Zugänge längst nicht jeder Haushalt oder kleine Betrieb leisten kann.

Die vorgeschlagenen Instrumente Übersichtskarte und lokaler ‚Breitbandgipfel‘ könnten erste Instrumente auf dem Weg zu einer Verbesserung sein.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Antrag ist als erledigt zu betrachten.

1. Die Stadt unternimmt bereits alle ihr möglichen Aktivitäten, um eine Verbesserung der Breitbandversorgung im Stadtgebiet zu unterstützen, wie aus der Antwort der Verwaltung vom 17. August 2009 bereits deutlich wird.  
Sie ist dabei ausschließlich in der Rolle des Unterstützers von Investoren, die Breitbandanbindungen schaffen wollen. Hierbei ist insbesondere das Dezernat Planen und Bauen (Tiefbau, Bauordnung, Stadtplanung) aktiv.  
Sie ist jedoch nicht in der Rolle, selbst Anbieter zu sein oder entsprechende Infrastruktur zu verlegen oder vorzuhalten. Dies reguliert vorrangig der Markt über Angebot und Nachfrage.
2. Die Schaffung einer Übersichtskarte verfügbarer Zugangstechniken ist eine neue freiwillige Leistung, die umfangreiche personelle, finanzielle und zeitliche Ressourcen erfordert, welche im städtischen Haushalt derzeit nicht zur Verfügung stehen. Sie wird ferner auch nicht als zielführend angesehen, da die gegenwärtig vorhandenen Anbieter Daten über derzeitige und geplante Angebote nicht zwingend zur Veröffentlichung zur Verfügung stellen müssen. Soweit es den Einzelnen betrifft, kann dieser aber bei den größeren Anbietern in Internetabfragesystemen individuelle Breitbandverfügbarkeitsinformationen erfragen.
3. Wie sich aus Vorstehendem aufzeigt, sind die tatsächlichen Möglichkeiten von kommunaler Seite zu einer besseren Breitbandanbindung beizutragen, neben den bereits in der Antwort vom 17. August 2009 aufgezeigten Aktivitäten, beschränkt. Daher erachtet die Verwaltung das Instrument eines Breitbandgipfels auch nicht als zielführend, um tatsächliche Verbesserungen zu erreichen.

Egbert Geier  
Beigeordneter

Wolfram Neumann  
Beigeordneter